

Ö1, Journal um 8

Mithilene Seelmann im Studio, guten Morgen am Donnerstag, dem 28. September.

Können sich die Innenminister bei ihrem heutigen Treffen auf eine Krisenverordnung im EU-Asyl und Migrationspakt einigen?

Dazu meldet sich gleich Benedikt Weichtner aus Brüssel.

Die Hilfsorganisation SOS-Mediterranee und andere Aktivistinnen und Organisationen werden mit dem alternativen Nobelpreis geehrt. Zu wenig Inklusion im Kindergarten, in Österreich fehlen Plätze für behinderte Kinder und die IT-Störung bei VW ist behoben, die Produktion läuft wieder.

Erster Programmpunkt der Blick aufs Wetter mit Verena Schöpfer.

Auch die letzten September-Tage rein sich nahtlos in die außergewöhnlich warme Witterung der letzten Wochen ein.

Der September wird damit rund 4 Grad über dem Mittel der Klimaperiode 1991 bis 2020 liegen und damit zur warm wien durchschnittlicher Juli im 20. Jahrhundert.

Die Morgenstunden heute aber noch zum Teil recht frisch, nur 3 Grad etwa bei ihnen in Radstadt, 18 Grad hingegen schon im Baddeutsch Altenburg.

Oft ist es sonnig, streckenweise aber auch in der Früh noch etwas Nebel, wie etwa in Oberösterreich oder in Unterkärnten.

Aus Westen sind jetzt etwas kompaktere Wolkenfelder über Vorarlberg und Nordtirol, erreichen sie heute aber auch noch Osttirol, Salzburg, Oberkärnten und das Inviertel.

Spätestens ab Mittag aber auch hier wieder mehr Sonne, dann sollten auch die Nebelreste überall der Sonne Platz machen.

Oft wird mäßiger im Nordboggenland in Wien und im östlichen Niederösterreich lebhafter Wind aus Süd bis West, die Höchstwerte 20 bis 28 Grad.

In Brüssel beraten heute die Innenministerinnen und Minister über den EU-Asyl- und Migrationspakt.

Auf den hat sich die Union schon im Juni geeinigt.

Er sieht vor, die Chanceneinreisende auf Asylbienen kurzer Zeit zu prüfen und zwar in streng kontrollierten

Aufnahmeeinrichtungen.

So sollen Menschen, die nicht vor Krieg und Verfolgung fliehen, abgeschreckt werden.

Darüber spreche ich jetzt mit Benedikt Feichtner in Brüssel.

Guten Morgen.

Guten Morgen.

Benedikt, die Einigung auf die Asylreform war ja schon im Juni.

Was ist bisher passiert?

Im Juni, das war auch bei einem Treffen der Innenminister und zwar in Luxemburg, ich war dort live dabei.

Da haben sich die EU-Staaten auf einige große Teile der Asylreform geeinigt.

Geeinigt hat man sich zum Beispiel auf diese besagten Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen und auch auf die Verteilung von Flüchtlingen in der EU.

Das wurde als Durchbruch gefeiert, weil sich jahrelang gar nichts bewegt hat.

Aber die EU-Staaten haben sich noch nicht auf alle Teile der Reform geeinigt.

Zum Beispiel die Krisenverordnung ist noch ausständig, warum ist das wichtig?

Damit dieses Gesetzespaket final beschlossen werden kann, muss auch das EU-Parlament zustimmen

und das Parlament will nur über ein Gesamtpaket verhandeln.

Damit es was weitergeht, müssen sich die EU-Länder also in allen wichtigen Punkten der Asylreform einig sein.

Worum geht es denn bei dieser Krisenverordnung?

Die Krisenverordnung ist auch Teil der Asylreform.

Die Krisenverordnung ist eine Art Notfallinstrument, das bei einer neuen Flüchtlingskrise aktiviert werden soll.

Das könnte zum Beispiel der Fall sein, wenn ein Land Flüchtlinge instrumentalisiert und Druck auf die EU auszuüben.

Belarus hat das zum Beispiel versucht mit irakischen Migrantinnen und Migranten, die mit Bussen zur EU-Grenze gebracht worden sind.

Mit dieser Krisenverordnung können die Rechte dieser Menschen massiv eingeschränkt werden, indem man sie zum Beispiel bis zu zehn monatelangen Lagern festhält.

Von Rafaela Scheidreiter haben wir im Morgen schon all um sieben gehört, dass es jetzt eine Mehrheit unter den EU-Ländern für diese Krisenverordnung geben dürfte.

Auch Deutschland hat zugestimmt, wer ist denn weiter hintergegen?

Wir, also Österreich lehnt das Gesetz ab, dazu kommen auch Ungarn, Polen und die Tschechische Republik.

Aber nicht etwa wegen der Einschränkung der Rechte dieser Menschen, sondern weil sie befürchten, dass die betroffenen Außengrenzländer dann die Krisenverordnung als Vorwand nehmen,

um Migrantinnen und Migranten nicht zu registrieren und in andere Länder weiterzuschicken paar da.

Die Niederlande und auch Deutschland haben sich bislang enthalten, im Fall von Deutschland hat das mit innerkoalitionärer Uneinigkeit zu tun gehabt.

Gestern Abend haben wir aber noch die deutsche Innenministerin Nancy Faeser getroffen, mit ihren Kabinettsmitarbeitern gesprochen und da wurde uns bestätigt, dass Deutschland jetzt einlenkt, da dürfte wohl der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sein Machtwort gesprochen haben.

Und was heißt das jetzt für das Treffen der EU-Innenministerinnen und Minister?

Wird es da jetzt einen Durchbruch, eine Einigung auf diese Krisenverordnung geben?

Spanien hat derzeit den Ratsvorsitz inne, d.h. dass Spanien dafür zuständig ist, Kompromisse zu finden und die Abstimmungen auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Abstimmung über die Krisenverordnung war bis jetzt nicht geplant, aber die Spanier werden schon mitbekommen, dass Deutschland jetzt einlenkt, vielleicht hören sie das Ö1 morgen schon, dann könnte schon heute Abend abgestimmt werden.

Ja und dann wird die Gruppe rund um Österreich und Ungarn überstimmt werden, das ist nämlich eine Mehrheitsentscheidung.

EVP-Vorsitzender Weber hat ja auf einen Abschluss der EU-Assühlreform noch heuer getränkt, einerseits ist das realistisch und andererseits, warum drückt er so aufs Tempo?

Naja jetzt liegt der Ball mal bei den EU-Ländern, wenn sie sich beim letzten Teil der Reform einigen, also bei der Krisenverordnung, dann können die finalen Verhandlungen mit dem

EU-Parlament beginnen.

Da wäre ich dann gerne ein Brüsseler Mäuschen, weil ich glaube, dass das sehr spannende Verhandlungen werden.

Die Position von EU-Parlament und EU-Ländern liegen nämlich noch weit auseinander. Ein Beispiel für das Parlament kommt nicht in Frage, dass auch Kinder und Jugendliche monatelang und ohne Schule oder Betreuung in haftähnlichen Zentren an den EU-Außengrenzen festgehalten werden können, jetzt gibt es aber EU-Länder, die sagen, das muss unbedingt drin sein, schwierig zu prognostizieren, wie das ausgeht, bis Mitte Februar ist noch Zeit, dann kommt der EU-Wahlkampf und wer weiß, wie danach die Mehrheitsverhältnisse sind, das weiß natürlich auch Manfred Weber, also entweder ein Kompromiss bis Mitte Februar oder das Ganze wird noch sehr, sehr lange dauern mit all den negativen Folgen.

Ein Ende ist also noch nicht in Sicht beim EU-Aussühl und Migrationspakt, heute verhandeln einmal die Innenministerinnen und Ministerin Brüssel über die sogenannte Krisenverordnung. Benedikt Feichtner war das aus Brüssel, danke für diese Informationen und einen schönen Tag.

Danke, ebenfalls ein schöner Tag, Marc-Wien.

Neben den bekannten Nobelpreisen für Medizin, Chemie oder Wirtschaft wird jedes Jahr der als alternativer Nobelpreis bekannte Right Livelihood Award verliehen.

Der Preis zeichnet humanitäre, soziale und ökologische Projekte aus.

Heuer sind das Aktivistinnen und Organisationen aus Ghana, Kenya, Kambodscha und die Hilfsorganisation SOS-Mediterranee.

Alle Preisträgerinnen und Preisträger kämpfen im Kleinen und oft unter Lebensgefahr für Menschenwürde, Umweltschutz oder das Überleben von Flüchtlingen.

Birgit Schwarz stellt sie uns vor.

Filosomedo kämpft in Kenya erfolgreich gegen die Vergiftung der Umwelt durch große Fabriken. Zuerst wurde bei drei Kindern eine Bleivergiftung festgestellt.

Dann haben wir zehn Kinder getestet, alle zehn hatten eine Bleivergiftung.

Sie haben die Verursacher vor Gericht gebracht und ein Wegweisendes Urteil erkämpft, sagt der Leiter der Right Livelihood Award Stiftung Ole von X-Kühl.

Wir zeichnen Filomomodo dafür aus, dass sie mit ihrer Community für das Recht auf eine giftfreie Umwelt gekämpft hat und dass sie einen rechtlichen Präzedenzfall geschaffen hat, auf den sich jetzt viele andere berufen können.

Umweltzerstörung zu verhindern ist auch im autoritären Kambodscha besonders schwierig. Dort haben sich sehr junge Menschen zur Organisation Mother Nature Cambodia zusammengeschlossen

und versuchen die Ausbeutung des Landes zu verhindern.

Das sei ohne Demokratie besonders schwierig, da drohe Schnellgefängnis oder Schlimmeres so Ole von X-Kühl.

Aus europäischer Perspektive wirkt der Right Livelihood Award vielleicht ein Preis für ungefährliches Gutmenschen tun.

Wir dürfen aber nicht vergessen, wie gefährlich der Kampf für eine gute Sache unter einem autoritären Regime ist und wie viele dabei ihr Leben riskieren.

Eine weitere Preisträgerin ist die Ärztin und Gynäkologin Eunice Brookman Amisa.

Es sei ihre Lebensaufgabe, den Tod von Frauen in Folge von unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen

zu verhindern, sagt sie.

Mit der vierten Auszeichnung weiß das Preiskomitee auf die dramatische humanitäre Krise im Mittelmeer

hin, unmittelbar vor den Toren Europas.

Dort hat die multinationale Organisation SOS Mediterranien 39.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet.

Sie freue sich über den Preis, sagt Caroline Abouzada von SOS Mediterranien.

Üblicherweise bekehme die Organisation mehr Drohungen als Lob.

Alle ausgezeichneten Initiativen haben sehr klein angefangen und doch beachtliche Erfolge erzielt.

Dass sei die Hauptbotschaft des alternativen Nobelpreises, sagt Stiftungsleiter von X-Kühl, dass Menschen die Macht hätten, Dinge zu verändern.

Nur drei Wochen nach den heftigen Überschwemmungen in Südosteuropa wird Mittelgriechenland derzeit wieder von Unwetterheim gesucht.

Die Küstenstadt Wolos steht erneut unter Wasser, berichtet Susanne Neverklar.

Wieder heftiger, anhaltender Regen, die zentralgriechische Küstenstadt Wolos steht erneut unter Wasser.

Die Straßen sind überflutet und daher für den Verkehr gesperrt.

Die Menschen der 140.000er Einwohnerstadt sind aufgerufen, zu Hause zu bleiben.

Es gibt Probleme mit der Stromversorgung.

Diesmal ist es der Sturmtief Elias, das nur drei Wochen nach den verheerenden Überschwemmungen

über Mittelgriechenland hinwegzieht.

Betroffen war gestern auch die nahe Arteengelegene Insel Euböa.

Außerdem mussten mindestens acht Dörfer und Kleinstädte in Mittelgriechenland evakuiert werden.

Tote und Verletzte wurden bisher nicht gemeldet.

Griechenlands Regierung hat die Anpassung an die Klimakrise zur Top-Priorität erklärt.

Die Überschwemmungen von Anfang September haben nach Angaben der griechischen Regierung Schäden im Wert von zwei Milliarden Euro verursacht.

10 Minuten nach Acht zu Themen aus Österreich jetzt.

Erst kürzlich hat die Regierung mehr Betreuungsplätze in den Kindergärten versprochen.

Schon jetzt ist es aber für eine kleine Gruppe von Kindern schwierig, einen Platz zu bekommen, nämlich Kinder mit Behinderungen.

Wie viele solcher Plätze Österreich weit fehlen, dazu gibt es keine Daten.

Allein in Wien sind es aber rund 1.000.

Aus Tirol ist zu hören, dass die Anfragen bei den Beratungsstellen stark gestiegen sind.

Vor allem in der Landeshauptstadt gibt es Schwierigkeiten bei der Inklusion im Kindergarten, wie Beate Tomasowicz berichtet.

In Tirol ist vor allem Innsbruck ein Problem.

Dort fehlen 250 reguläre Kindergärtenplätze.

Plätze für Kinder mit Behinderung gibt es schon seit Jahren so gut wie keine.

Mit Eingrund, in Innsbruck sind auch im Kindergarten Integrationsgruppen vorgesehen. Allerdings erst dann, wenn es drei behinderte Kinder im Kindergarten gibt. Außerhalb von Innsbruck gilt in Tirol das Modell der Einzelintegration. Das heißt, wenn es ein behindertes Kind in der Gruppe gibt, kommt zu Pädagogen eine Fachassistentin dazu, sagt Sonja Tollinger vom Verein Integration Tirol. In unserer Erfahrung funktioniert das in den Bezirken sehr gut. Die Stadt Innsbruck will das in dieser Form nicht, weil argumentiert wird, besondere Kinder brauchen eben auch besondere ausgebildete pädagogische Begleitung. Wie viele Plätze fehlen, das wisse man nicht, aber es seien die Beratungen zum Thema Kindergarten stark angestiegen. In diesen Beratungen geht es häufig aber nicht nur um fehlende Plätze, sondern auch um das Angebot in der Praxis. Das sind häufig Einzellösungen. Die im Detail eigentlich keine Lösungen sind. Also da reden wir wirklich von einer Stundekindergarten pro Tag, die Eltern gehen teilweise vom Standort gar nicht weg. In Wien fehlen laut Integration Wien etwa 1.000 integrative Kindergartenplätze. Fachassistentinnen werden nur in öffentlichen Kindergärten bezahlt, nicht in privaten und auch nicht in Kindergruppen. In einem solchen Fall ist zuletzt auch der Klagsverband tätig geworden. Für einen vierjährigen Buben aus dem Autismus-Spektrum wollte die Stadt Wien keine Assistentin bezahlen. Geendet hat das in einem Schlichtungsverfahren und in einem Vergleich, sagt Lisa Dernthl vom Klagsverband. In diesem Einzelfall gab es einen sehr erfreulichen Ausgang. Es wird nämlich jetzt die Fachassistenz für den Jungen seitens des FSW auch in Privatkindergarten finanziert. In einem Einzelfall hat der Fondsoziale Wien also gezahlt, aber das reiche nicht. Und deswegen fordern wir auch als Klagsverband einen Rechtsanspruch auf einen geeigneten Kindergartenplatz für Kinder mit Behinderungen, weil eben Eltern sehr oft gefordert sind, sich hier zu informieren, hartnäckig zu bleiben, sich an unzählige Stellen zu wenden, um zu ihrem Recht zu kommen, dass eigentlich die Gesetze und auch die UN-Behindertenrechtskonvention vorsehen. Fehlende Kindergartenplätze haben Auswirkungen auf die Eltern. In erster Linie auf die Frauen, sagt Katharina Mader aus der Frauenabteilung der Arbeiter Kammer Wien. Fast alle Mütter, die bei uns aufgeschlagen haben, Frauen waren die in denen, wie wir heute wahrscheinlich sagen würden, mangelberufen sind. Also in all den Berufen, wo man ganz dringend das ausgebildete Personal brauchen. Ob behinderte Kinder Berücksichtigung finden bei den von der Regierung angekündigten zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen ist noch nicht klar. Aus dem Büro von Frauenministerin Susanne Raab heißt es, der Prozess über die Ziele

für die Kinderbetreuung und die Verhandlungen im Finanzausgleich laufen aktuell. Weltweit wird nach Ursachen gesucht, warum manche Menschen nach einer Coronavirus-Infektion Monate oder gar jahrelang anhaltend schwer krank sind und unter krankhafter Erschöpfung leiden.

Forscher in den USA haben nun Hinweise auf Biomarker für Long Covid und den damit verbundenen Phänomen ME-CFS gefunden.

Eine gute Nachricht, sagt dazu der Neurologe und Long Covid-Spezialist Michael Stingel im Morgenjournal um 7, die Diagnostik würde damit deutlich verbessert.

Zu aktuellen Situationen von Betroffenen in Österreich, sagt Stingel. Ich glaube es ist nicht nur in Österreich so, dass es nicht besonders optimal ist, dass das massiv ausbaufähig ist.

Wir haben ja leider auch jetzt die Situation, dass von den Anlaufstellen die Skarpferleute mit Long Covid einiger zugesperrt wurden.

Wir brauchen definitiv eine bessere Versorgung, das ist klar, die wird man nicht über Nacht aus dem Boden stampfen können, auch das hat sich gezeigt.

Yale ist ein gutes Beispiel, die haben jetzt ein Zentrum für die Beforschung von solchen postinfektiosen Symptomen, sowas bräuchten wir in Österreich auch.

Aber ich glaube so aus meiner Perspektive der wichtigste Punkt ist halt zu erkennen, diese sogenannte Postexorschung ist, wo es durch oft sehr banale Anstrengungen zu einer sehr deutlichen Verschlechterung des Zustandes kommt, die ganz klar abzugrenzen ist von dem, was man der Gemeinnacht als Erschöpfung bezeichnet und es ist leider noch zu wenig darüber bekannt und das wäre halt auch wichtig, das in die Ausbildung reinzubringen, dass mit diesem spezifischen Typ, wo das Management den komplett anderes ist als bei anderen Erkrankungen, wo man anderes herangebracht, was Aktivität betrifft, dass man das besser erkennt.

Sagt der Neurologe Michael Stingel, das ganze Gespräch können Sie wie immer in unserem Online-Angebot nachhören, etwa in der Ö1-Journal-App.

In den Affären- und Grundstücksgeschäfte von Politikern, die von Wertsteigerungen durch die Umwidmung zu Baugrund profitiert haben, steigt der Druck auf die Beteiligten weiter. Von Seiten der SPÖ heißt es, dass es in Ihren reinen Konsequenzen geben könnte.

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker lässt offen, ob es für seinen Parteifreund Alfred Riedl auch als Bürgermeister von Grafenwörth eng werden könnte.

Stefan Kappacher berichtet.

Die Gronen-Zeitung hat schon den nächsten SPÖ-Bezirksvorsteher in Visier, der sich einen günstigen, städtischen Kleingarten gesichert hat.

Die Parteispitze ist alarmiert, SPÖ-Chef Andreas Barbla am Rande eine Veranstaltung. Ich will alles auf dem Tisch legen, was da wirklich gelaufen ist, wer was gewusst hat, wer was getan hat und dann sind natürlich auch Konsequenzen nicht auszuschließen.

Entschuldigen Sie, das sind wir uns schuldig selber.

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker fordert von der SPÖ diese Konsequenzen.

Und wie ist das bei seinem Parteifreund Alfred Riedl mit Millionen Umwidmungsgewinn?

Stocker verweist auf dessen Rückzug als Gemeindebundpräsident.

Muss Riedl auch als Bürgermeister von Grafenwörth gehen?

Das werden wir sehen, aber ich wundere mich ein wenig, dass bei uns immer mehr verlangt wird und bei den anderen gar nichts.

Ein Vorwurf der Angesichts der vielen Rücktritts-Aufforderungen Richtung SPÖ ins Leere geht. Seit gestern Mittag hat der Deutsche Volkswagen-Konzern mit einer schweren Störung in der IT zu kämpfen gehabt.

In zahlreichen Werken sind die Bänder still gestanden, es wurden keine Autos produziert. Jetzt in der Früh seit der Fehler behoben worden meldet Volkswagen, die Produktion werde wieder hochgefahren.

Hannah Sommersacher.

Stundenlang hat die IT-Störung das zentrale Netzwerk des Volkswagen-Konzerns lahmgelegt. Heute früh meldet das Unternehmen die Probleme seien behoben, das Netzwerk arbeite wieder stabil, man fahre die betroffenen Anwendungen wieder hoch, so ein Konzernsprecher.

Die Produktion soll planmäßiger folgen, einzelne Systeme könnten in einer Übergangsphase aber noch beeinträchtigt sein.

Warum die IT von Volkswagen ausgefallen ist, ist weiterhin unklar.

Eine Netzwerkspezialistin eines externen Dienstleisters von VW hatte den Ausfall gegenüber der Deutschen Presseagentur zuvor als Riesenproblem bezeichnet, weltweit seien die Bänder bei Volkswagen und Audi still gestanden.

Auch bei Vertragswerkstätten und Auto-Händlern ist die IT offenbar lahmgelegt.

Von einer Panne bis zu einem Hackerangriff als Auslöser sei alles möglich, so die Netzwerkspezialistin.

Es gäbe aber weiter keine Anzeichen dafür, dass externe Einflüsse die Störung verursacht haben, betont der Konzern.

Die Nachrichten, Paul Kracker.

Mehr als die Hälfte der Armeenier in der Region Bergkarabach ist geflohen.

Die armenische Regierung teilt mit 65.000 Armeenier seien aus Bergkarabach nach Armeenier gekommen.

In Bergkarabach haben bisher knapp 120.000 ethnische Armeenier gelebt, sie stellen fast die gesamte Bevölkerung.

Vergangene Woche hatte Azerbaijan die Region erobert, seit der Flüchtlinge die Armeenier aus Bergkarabach.

Die südukrainische Stadt Kherson ist nach ukrainischen Angaben in der Nacht erneut von Russland beschossen worden.

Ein Mann soll getötet worden sein, einer wurde verletzt.

Präsident Volodymyr Zelenskyy spricht von bewusstem Terror der russischen Besatzer.

Die ukrainische Armee hat in der Nacht nach eigenen Angaben auch mehr als 30 russische Drohnen abgeschossen.

Russland habe insbesondere den Süden der Ukraine massiv mit Drohnen angegriffen.

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau bittet um Verzeihung nach der Würdigung eines ukrainischen Veteranen der Waffen-SS.

Trudeau spricht von einer schrecklichen Verletzung des Andenkens, an Millionen Holocaustopfer. Parlamentspräsident Anthony Rota hatte am Freitag beim Besuch des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyy im kanadischen Parlament einen 98-jährigen ukrainischen Immigranten geehrt.

Später wurde bekannt, dass der Immigrant in der Waffen-SS gedient hat.

Der frühere US-Präsident Donald Trump ist mit einem Befangenheitsantrag gegen eine Richterin

gescheitert.

Die Richterin in Washington hat den Antrag abgelehnt, ihre Aussagen seien falsch interpretiert worden.

Trumps Anwälte hatten gefordert, die Richterin müsse ausgetauscht werden.

Sie habe in früheren Aussagen angedeutet, dass Trump nicht in Freiheit zahlen solle.

Die Richterin ist für das Verfahren gegen Trump wegen des Vorwurfs des versuchten Wahlbetrugs zuständig.

Das dollinistische Nordkorea bekräftigt indirekt seine Drohungen mit Atomwaffen.

Nordkorea hat seinen Status als Atomwaffenmacht in der Verfassung verankert.

Diktator Kim Jong-un spricht von einem historischen Ereignis.

Nordkorea hat heute bereits zahlenreiche Raketen getestet, was gegen Unufworschriften verstößt und Spannungen mit Südkorea verstärkt hat.

Das Wetter?

Es bleibt spätsommerlich.

Nur etwas frühe Nebel, dann scheint in ganz Österreich die Sonne.

Im Westen ziehen jetzt vorübergehend ein paar kompaktere Wolken auf.

Die Temperaturen steigen auf 20 bis 28 Grad.

Barbarer Schieder-Chalice Wetzini und Helene Seelmann, ihr Morgenschanal Tim heute sagt

Danke für Ihr Interesse.

Es ist 28.

Passt die Show.